

FEDERALE OVERHEIDSDIENST ECONOMIE,
K.M.O., MIDDENSTAND EN ENERGIE

[C – 2020/44141]

12 JULI 2019. — Koninklijk besluit houdende wijziging van diverse reglementaire bepalingen betreffende uitvindingsoctrooien en aanvullende beschermingscertificaten. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 12 juli 2019 houdende wijziging van diverse reglementaire bepalingen betreffende uitvindingsoctrooien en aanvullende beschermingscertificaten (*Belgisch Staatsblad* van 26 juli 2019).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL ECONOMIE,
P.M.E., CLASSES MOYENNES ET ENERGIE

[C – 2020/44141]

12 JUILLET 2019. — Arrêté royal portant modification de diverses dispositions réglementaires en matière de brevets d'invention et de certificats complémentaires de protection. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 12 juillet 2019 portant modification de diverses dispositions réglementaires en matière de brevets d'invention et de certificats complémentaires de protection (*Moniteur belge* du 26 juillet 2019).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

[C – 2020/44141]

12. JULI 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung verschiedener Verordnungsbestimmungen über Erfindungspatente und ergänzende Schutzsertifikate — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 12. Juli 2019 zur Abänderung verschiedener Verordnungsbestimmungen über Erfindungspatente und ergänzende Schutzsertifikate.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST WIRTSCHAFT, KMB, MITTELSTAND UND ENERGIE

12. JULI 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung verschiedener Verordnungsbestimmungen über Erfindungspatente und ergänzende Schutzsertifikate

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, des Artikels 108;

Aufgrund des Wirtschaftsgesetzbuches, der Artikel XI.14, XI.21, XI.22, XI.24 § 3 Absatz 2, XI.50 § 3, XI.51 § 4, XI.55 § 10, XI.56 § 9, XI.62, XI.64 § 1, XI.66 § 3, XI.68 Absatz 2 und XI.78, eingefügt durch das Gesetz vom 19. April 2014, und des Artikels XI.92 § 2, ersetzt durch das Gesetz vom 19. April 2014 und abgeändert durch das Gesetz vom 2. Mai 2019 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Wirtschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 2. Mai 2019 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Wirtschaft, des Artikels 116;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die auf dem Gebiet des Patentwesens und ergänzender Schutzsertifikate zu entrichtenden Gebühren und Zusatzgebühren;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 4. September 2014 zur Ausführung der Bestimmungen über die ergänzenden Schutzsertifikate des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Einfügung von Buch XI "Geistiges Eigentum" in das Wirtschaftsgesetzbuch und zur Einfügung der Buch XI eigenen Bestimmungen in die Bücher I, XV und XVII desselben Gesetzbuches;

In der Erwägung, dass vorliegender Erlass auch darauf abzielt, bei den Nutzern des Systems das Verantwortungsbewusstsein für die Qualität der Akten zu Patentanmeldungen und Anmeldungen für ergänzende Schutzsertifikate, die sie beim Amt für geistiges Eigentum einreichen, zu wecken; dass in dieser Hinsicht die Anpassungsgebühr von 30 EUR auf 60 EUR erhöht wird mit dem doppelten Ziel, einerseits die Nutzer dazu zu ermuntern, von Beginn des Erteilungsverfahrens an eine vollständige Akte über die Patentanmeldung oder die Anmeldung eines ergänzenden Schutzsertifikats beim Amt einzureichen, und andererseits die mit einer Anpassung verbundenen Verwaltungskosten teilweise zu decken; dass die Behandlung dieses Verfahrens Kosten für das Amt mit sich bringt, die höher als 60 EUR sind; dass die Erhöhung dieser Gebühr folglich ihren Entschädigungscharakter nicht beeinträchtigt;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 4. April 2019;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 66.165/1 des Staatsrates vom 11. Juni 2019, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Ministers der Wirtschaft

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Abänderungen des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten*

Artikel 1 - Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, die Erteilung und die Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 9. März 2014 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 5 - § 1 - Beteiligte dürfen beim Amt eine Vollmacht einreichen, die einen zugelassenen Vertreter bevollmächtigt, eine oder mehrere Handlungen in Bezug auf eine oder mehrere ihrer Patentangelegenheiten vor dem Amt vorzunehmen.

Bei Bestellung einer Vertretergruppe wird davon ausgegangen, dass sich die Vertretungsvollmacht auf alle Vertreter erstreckt, die nachweisen können, dass sie ihre Tätigkeiten innerhalb dieser Gruppe ausüben.

§ 2 - Handelt ein Vertreter in Bezug auf eine Patentanmeldung oder ein Patent, für die/das bereits ein anderer Vertreter oder eine andere Vertretergruppe vor dem Amt gehandelt hat, muss er außer in den in Artikel XI.75 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnten Fällen eine Vollmacht einreichen.

In dem in Absatz 1 erwähnten Fall muss der Vertreter innerhalb einer Frist von zwei Monaten ab Vornahme der Handlung beim Amt:

1. eine Vollmacht einreichen,
2. das Amt davon in Kenntnis setzen, ob die neue Vollmacht das Mandat des früheren Vertreters oder der früheren Vertretergruppe beendet oder ob beide Vertreter oder Vertretergruppen Handlungen vor dem Amt vornehmen dürfen.

Gibt der neue Vertreter oder die neue Vertretergruppe in Anwendung von Absatz 2 Nr. 2 an, dass die neue Vollmacht das Mandat des früheren Vertreters oder der früheren Vertretergruppe beendet, setzt das Amt den früheren Vertreter oder die frühere Vertretergruppe davon in Kenntnis und teilt ihm/ihr mit, dass die Verfahren mit dem neuen Vertreter oder der neuen Vertretergruppe fortgesetzt werden.

§ 3 - Unbeschadet des Paragraphen 1 muss für folgende Handlungen eine Vollmacht eingereicht werden:

1. Einreichung eines Antrags zur Zurücknahme der Patentanmeldung wie in Artikel XI.24 § 3 Absatz 2 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnt,
2. Einreichung eines Antrags zum Gesamtverzicht wie in Artikel XI.55 § 1 Absatz 1 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnt,
3. Einreichung eines Antrags zum Gesamtwiderruf wie in Artikel XI.56 § 1 Absatz 1 des Wirtschaftsgesetzbuches erwähnt.

§ 4 - Reicht der zugelassene Vertreter in den in den Paragraphen 2 und 3 erwähnten Fällen keine Vollmacht ein, fordert das Amt den Vertreter auf, diese Vollmacht innerhalb der vom Amt festgelegten Frist einzureichen. Diese Frist beträgt mindestens einen Monat.

Werden die in den Paragraphen 2 und 3 erwähnten Bedingungen nicht innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist erfüllt, gilt die verrichtete Handlung als nicht vorgenommen.

Art. 2 - In Artikel 8 Absatz 1 desselben Erlasses werden die Wörter "das das Amt zur Verfügung stellt und dessen Muster der Minister festlegt" durch die Wörter "dessen Muster der Direktor des Amtes festlegt und das Letzterer den Betreffenden zur Verfügung stellt" ersetzt.

Art. 3 - In Artikel 10ter § 4 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, werden die Wörter "§ 3" durch die Wörter "§ 1 Absatz 3" ersetzt.

Art. 4 - Die Überschrift von Kapitel 7 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL 7 - Zurücknahme, Verzicht und Widerruf".

Art. 5 - Artikel 30 desselben Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 9. März 2014 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 30 - § 1 - Der in Artikel XI.24 § 3 Absatz 2 desselben Gesetzbuches erwähnte Antrag zur Zurücknahme, der in Artikel XI.55 desselben Gesetzbuches erwähnte Antrag zum Verzicht und der in Artikel XI.56 desselben Gesetzbuches erwähnte Antrag zum Widerruf müssen Folgendes enthalten:

1. Namen und Adresse des Patentanmelders/der Patentanmelder oder des Patentinhabers/der Patentinhaber, der/die den Antrag zur Zurücknahme, zum Verzicht beziehungsweise zum Widerruf einreicht/einreichen. Natürliche Personen sind mit ihrem Namen, gefolgt von ihren Vornamen, zu bezeichnen. Juristische Personen sind mit ihrer offiziellen Bezeichnung aufzuführen; falls sie über eine Unternehmensnummer verfügen, müssen sie diese angeben,
2. Nummer des Patents, für das der Antrag zur Zurücknahme, zum Verzicht beziehungsweise zum Widerruf eingereicht worden ist.

§ 2 - Gibt es mehrere Patentanmelder oder -inhaber, muss der Antrag zum Verzicht beziehungsweise zum Widerruf von allen Patentanmeldern oder -inhabern unterzeichnet werden."

Art. 6 - In Artikel 33bis § 1 Nr. 1, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 9. März 2014 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, und in Artikel 34 § 1 Nr. 1 desselben Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 9. März 2014 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, werden die Wörter "; falls sie über eine Nationalregisternummer verfügen, müssen sie diese angeben" aufgehoben.

KAPITEL 2 — Abänderungen des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die auf dem Gebiet des Patentwesens und ergänzender Schutzzertifikate zu entrichtenden Gebühren und Zusatzgebühren

Art. 7 - Artikel 13 des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1986 über die auf dem Gebiet des Patentwesens und ergänzender Schutzzertifikate zu entrichtenden Gebühren und Zusatzgebühren, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 4. September 2014, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 13 - Zu Unrecht gezahlte Gebühren und Zusatzgebühren werden vollständig rückerstattet. Diese Rückerstattung erfolgt auf Antrag, es sei denn, die Unrechtmäßigkeit der Zahlung ist offensichtlich. "

Art. 8 - Anlage 1 zu demselben Erlass, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 9. November 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Der Eurobetrag, der sich auf die Anpassung einer Patentanmeldung, einer Zertifikatsanmeldung oder eines Antrags auf Verlängerung der Laufzeit eines Zertifikats bezieht, wird durch folgenden Betrag ersetzt:

"60".

2. Die Wörter "pro berichtigte oder ersetzte Seite" werden durch die Wörter "einer Zertifikatsanmeldung oder eines Antrags auf Verlängerung der Laufzeit eines Zertifikats" ersetzt.

3. Der Eurobetrag, der sich auf die Berichtigung von sprachlichen Fehlern oder Schreibfehlern bezieht, wird wie folgt ersetzt:

"35".

KAPITEL 3 — *Abänderungen des Königlichen Erlasses vom 4. September 2014 zur Ausführung der Bestimmungen über die ergänzenden Schutzzertifikate des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Einfügung von Buch XI "Geistiges Eigentum" in das Wirtschaftsgesetzbuch und zur Einfügung der Buch XI eigenen Bestimmungen in die Bücher I, XV und XVII desselben Gesetzbuches*

Art. 9 - In den Königlichen Erlass vom 4. September 2014 zur Ausführung der Bestimmungen über die ergänzenden Schutzzertifikate des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Einfügung von Buch XI "Geistiges Eigentum" in das Wirtschaftsgesetzbuch und zur Einfügung der Buch XI eigenen Bestimmungen in die Bücher I, XV und XVII desselben Gesetzbuches wird ein Artikel 1/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 1/1 - Die Anmeldung eines ergänzenden Schutzzertifikats und der Antrag auf Verlängerung der Laufzeit eines ergänzenden Schutzzertifikats werden auf einem Formular eingereicht, dessen Muster der Direktor des Amtes festlegt und das Letzterer den Betreffenden zur Verfügung stellt.

Das Formular wird ordnungsgemäß ausgefüllt und vom Anmelder eines ergänzenden Schutzzertifikats oder von demjenigen, der die Verlängerung der Laufzeit eines ergänzenden Schutzzertifikats beantragt, unterzeichnet."

KAPITEL 4 — *Bestimmung in Bezug auf das Inkrafttreten einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 2. Mai 2019 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Wirtschaft*

Art. 10 - Die Artikel 16 und 21 des Gesetzes vom 2. Mai 2019 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Wirtschaft treten am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses in Kraft.

KAPITEL 5 — *Übergangs- und Schlussbestimmungen*

Art. 11 - Patentanmeldungen, Zertifikatsanmeldungen oder Anträge auf Verlängerung der Laufzeit von Zertifikaten, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eingereicht worden sind, werden gemäß den zum Zeitpunkt der Einreichung anwendbaren Bestimmungen bearbeitet.

Art. 12 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Oktober 2019 in Kraft.

Art. 13 - Der für Wirtschaft zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 12. Juli 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Wirtschaft

W. BEKE

FEDERALE OVERHEIDSDIENST ECONOMIE, K.M.O., MIDDENSTAND EN ENERGIE

[C - 2020/44231]

10 DECEMBER 2020. — Koninklijk besluit betreffende de inwerking-treding van artikel 2, b), van de wet van 7 december 2016 tot wijziging van de wet van 22 juli 1985 betreffende de wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie en tot bepaling van de datum bedoeld in artikel 23, vierde lid, van de wet van 22 juli 1985 betreffende de wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie

FILIP, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 22 juli 1985 betreffende de wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie, artikel 23, vierde lid, derde zin;

Gelet op de wet van 7 december 2016 tot wijziging van de wet van 22 juli 1985 betreffende de wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie, artikel 7, eerste lid, tweede zin;

Gelet op het koninklijk besluit van 29 november 2019 betreffende de inwerking-treding van artikel 2, b), van de wet van 7 december 2016 tot wijziging van de wet van 22 juli 1985 betreffende de wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie en tot bepaling van de datum bedoeld in artikel 23, vierde lid, van de wet van 22 juli 1985 betreffende de wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 9 juli 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, gegeven op 27 juli 2020;

Gelet op de op 12 juni 2020 uitgevoerde regelgevingsimpactanalyse, overeenkomstig de artikelen 6 en 7 van de wet van 15 december 2013 houdende diverse bepalingen inzake administratieve vereenvoudiging;

Gelet op advies 68.016/3 van de Raad van State, gegeven op 8 oktober 2020, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

SERVICE PUBLIC FEDERAL ECONOMIE, P.M.E., CLASSES MOYENNES ET ENERGIE

[C - 2020/44231]

10 DECEMBRE 2020. — Arrêté royal relatif à l'entrée en vigueur de l'article 2, b), de la loi du 7 décembre 2016 modifiant la loi du 22 juillet 1985 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire et définissant la date visée à l'article 23, alinéa 4, de la loi du 22 juillet 1985 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 22 juillet 1985 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, l'article 23, alinéa 4; troisième phrase;

Vu la loi du 7 décembre 2016 modifiant la loi du 22 juillet 1985 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, l'article 7; 1^{er} alinéa, deuxième phrase;

Vu l'arrêté royal du 29 novembre 2019 relatif à l'entrée en vigueur de l'article 2, b), de la loi du 7 décembre 2016 modifiant la loi du 22 juillet 1985 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire et définissant la date visée à l'article 23, alinéa 4, de la loi du 22 juillet 1985 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 9 juillet 2020;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 27 juillet 2020;

Vu l'analyse d'impact de la réglementation réalisée le 12 juin 2020 conformément aux articles 6 et 7 de la loi du 15 décembre 2013 portant des dispositions diverses en matière de simplification administrative;

Vu l'avis 68.016/3 du Conseil d'Etat, donné le 8 octobre 2020 en application de l'article 84, §1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;